

Präsidentenwahl in Syrien

Von drei Kandidaten hat nur der Amtsinhaber Siegeschancen. **Seite 2**

Fotos: pa/Zuma Press/Morteza Nikoubazi (L), Fotolia/Wolfgang Mücke (r.)

Von Leipzig nach La Ceiba

Ein Arzt aus der DDR genießt in Honduras seit Jahrzehnten hohes Ansehen. **Seite 3**

Greenpeace stänkert

Die LINKE wartete vergeblich auf ihre Gesprächspartner. **Seite 13**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Dienstag, 3. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 127

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Klima-Kampf

Olaf Standke über Barack Obamas Emissionsziele

Auch das Wetter ist in den USA eine Glaubensfrage. Dabei ist die gemessen am Bruttoinlandsprodukt weltgrößte Volkswirtschaft nachweislich zugleich größter Luftverschmutzer auf Erden. Aber Senator Marco Rubio von der rechtspopulistischen Tea-Party, der als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2016 gehandelt wird, glaubt aller Wissenschaft zum Trotz nicht daran, dass der Klimawandel wirklich menschengemacht sei. So ist der politische wie juristische Widerstand gegen Barack Obamas überfällige Öko-Initiative programmiert, obwohl der Präsident mit einem Verordnungstrick versucht, den widerspenstigen Kongress zu umgehen. Doch da es bei diesem Kulturkampf auch um viel Geld geht – für die betroffenen Konzerne wie für die Wahlkampfkassen ihrer republikanischen Lobby – haben diese schon Gegenmaßnahmen angekündigt.

Schließlich will Obama angesichts brennender Wälder in Kalifornien, schmelzender Gletscher in Alaska und überfluteter Atlantikküsten bis 2030 den Kohlendioxid-Ausstoß um fast ein Drittel unter den 2005er Wert drücken. Das dürfte vor allem Hunderte Kohlekraftwerke treffen – ein Schritt, den die Regierung hierzulande noch immer scheuen. Andererseits sind die USA nicht nur Vorreiter, sondern auch Nachzügler. In Deutschland will man den Ausstoß klimaschädlicher Gase schon bis 2020 um rund 40 Prozent verringern. Und was, wenn Obamas Ziel vor allem durch den Ausbau der Atomkraft erreicht werden soll? Nicht nur die Leugner des Klimawandels sind wohl ein Problem seines Plans.

UNTEN LINKS

Das Bundesgesundheitsministerium kann die Gesetze gar nicht so schnell ändern, wie die Lobbyisten ihre Ideen ins Haus in der Friedrichstraße faxen. Bei dem ganzen Stress blieb die Überschriftenfindung in den letzten Jahren echt auf der Strecke. Das neueste Werk heißt GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG). Der Bundesgesundheitsminister entschuldigt sich dafür schon seit Wochen auf jeder Veranstaltung, die er besucht. Zu Recht! Wollte man es nach dem Inhalt benennen, wäre Privatversicherungswirtschaftsunterstützungsgesetz (PriWunG) ohnehin sehr viel zutreffender und meiner Meinung nach auch leichter auszusprechen. Das Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG) könnte nach den jüngsten Änderungen in Pharmafirmenüberraschungsverordnung (PfirmÜrvv) umbenannt werden und für weitere Titel von AMG&G über KKInsoV bis GKV-WSG weiß ich leider auch keinen Rat, außer vielleicht: Außerkräftsetzen! ott

Was hier klappt, sind die Türen

Verkehrsminister fordert nach Korruptionsvorwurf externe Prüfung des Berliner Flughafens



Im Sommer 2012 sollte der BER eröffnen. Seitdem rennen Hasen, wo Flugzeuge fliegen sollten, und die Betreiber üben sich in Langmut.

Foto: dpa/Patrick Pleu

Berlin. Angesichts des Korruptionsverdachts am Berliner Hauptstadtflughafen will Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) externe Prüfer auf den BER ansetzen. Der Minister empfinde die Vorgänge am Flughafen als inakzeptabel und halte ein »externes Controlling« für nötig, sagte ein Ministeriumssprecher am Montag in Berlin. Die Prüfer sollten etwa die Einhaltung der Bauvorschriften, die Kosten und die Zeitpläne untersuchen.

Technikchef Jochen Großmann soll Vergabeverfahren zu seinen Gunsten manipuliert und Aufträge an Firmen vergeben haben, die

mit seiner Dresdner Unternehmensgruppe Gicon langjährige Geschäftsbeziehungen gepflegt haben. Der Sprecher des Verkehrsministeriums sagte, es handle sich hier nicht um ein isoliertes Problem. Vielmehr gebe es am BER eine Reihe von Problemen, die offenbar nicht enden wollten.

Geschäftsführer Hartmut Mehdorn erklärte nach einer Sondersitzung des BER-Aufsichtsrats am Montag, alle Auftragsvergaben, mit denen der Verdächtige betraut war, würden nun von einer Taskforce untersucht. Nach Angaben der Flughafengesellschaft ist dieses »Sondereinsatzkommando« aus »flughafen-

internen Juristen und Revisoren, externen Juristen, Antikorruptionsspezialisten sowie einem Vertreter von Transparency International« zusammengesetzt und soll bis zum 30. Juni einen Zwischenbericht vorlegen. »Wenn da noch was ist, werden wir das finden.«

»Das Gremium ist mit der Klärung zentraler Fragen heillos überfordert«, erklärte die Berliner Grünenfraktionschefin Ramona Pop nach der Aufsichtsratsitzung. Dass der Planer auch die Ausschreibung macht »und sich zu guter Letzt selbst kontrolliert« sei ein »Fehler im System BER« und lade regelrecht zu Korruption ein. **nd** *Seite 11*

Opposition warnt vor Sozialkürzungen

Große Koalition muss Milliarden einsparen / Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss am Donnerstag

Die Regierung muss diese Woche klären, wie sie ihre Haushaltsziele erreichen will. Im Gespräch sind Einsparungen und eine höhere Neuverschuldung.

Von Aert van Riel

Die Finanzpolitiker von Union und SPD sowie das Bundesfinanzministerium diskutieren darüber, wie sie ihr Versprechen eines strukturell ausgeglichenen Haushalts in diesem Jahr einhalten können. Das wird nicht einfach. Denn im Etat des Bundes fehlen gegenüber früheren Rechnungen drei bis vier Milliarden Euro.

Der Entwurf der Bundesregierung sah für dieses Jahr bisher eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vor. Doch vor kurzem hatte der Bund vor dem Finanzgericht Hamburg eine Niederlage erlitten und musste für 2013 bereits 2,3 Milliarden Euro Brennelementesteuer an die Stromkonzerne zurückerstatten.

Für 2014 dürften weitere 800 Millionen Euro an Rückerstattungen fällig werden. Das Urteil erging im vorläufigen Rechtsschutz und kann vom Bundesfinanzhof noch kassiert werden. Doch das Geld ist erst einmal weg. Hinzu kommt, dass die jüngste Steuerschätzung um 700 Millionen Euro schlechter ausfiel als erwartet.

Die Koalition will diese Milliardenlöcher ausgleichen. Nächstes Jahr soll der Bund erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Konservative Haushaltspolitiker kündigten deswegen »Einsparungen in diesem Haushaltsjahr« an. Möglicherweise müssen alle Ressorts einen Beitrag leisten, weil kein Ministerium bereit sein dürfte, die Kürzungen allein zu tragen.

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Gesine Löttsch, warnte im Gespräch mit »nd« davor, im sozialen Bereich zu sparen oder geringere Mittel für die Infrastruktur bereitzustellen. Der

Koalition warf die LINKE-Politikerin außerdem vor, die Einnahmeseite zu vernachlässigen. »Der IWF hat berechnet, dass Deutschland durch höhere Steuern für

Möglicherweise leisten alle Ressorts einen Beitrag, weil keiner bereit sein dürfte, die Kürzungen allein zu tragen.

Spitzenverdiener und Reiche 80 Milliarden Euro mehr einnehmen könnte«, sagte Löttsch.

Die SPD war ebenfalls mit Forderungen nach Steuererhöhungen in den Bundestagswahlkampf gezogen, konnte diese aber in den Koalitionsverhandlungen mit der Union nicht durchsetzen. Die Christdemokraten betonten nun, dass höhere Steuern trotz des Mil-

liardenlochs im Haushalt für sie nicht in Frage kämen. In der Frage der Neuverschuldung zeigten sie sich hingegen kompromissbereit. »Eventuell müssen wir die Neuverschuldung etwas erhöhen«, sagte CDU-Haushaltspolitiker Norbert Barthle der »Rheinischen Post«. Auch in der SPD gibt es hierfür Sympathien. Wenn massive Kürzungen drohen, muss die Führung der Sozialdemokraten nämlich fürchten, dass der linke Flügel ihrer Partei wieder über Steuererhöhungen diskutieren will. Der Haushalt wäre noch mit einer Neuverschuldung von etwa 8,3 Milliarden Euro strukturell ausgeglichen.

Eine Einigung der Koalition muss bis Donnerstag vorliegen. Dann kommt der Haushaltsausschuss zu seiner Bereinigungssitzung zusammen, um letzte Hand an den Bundeshaushaltsplan 2014 zu legen. Der korrigierte Haushaltsentwurf soll Ende Juni vom Bundestag beschlossen werden.

Pausenloser Bombenterror der Boko Haram

Anschlag im Nordosten Nigerias forderte zahlreiche Todesopfer

Abuja. Bei einem schweren Bombenanschlag auf eine Bar und ein Bordell im Nordosten Nigerias sind vermutlich mehrere Dutzend Menschen ums Leben gekommen. Augenzeugen zufolge forderte das Attentat in dem Ort Mubi am Sonntagabend mehr als 60 Todesopfer, wie die Zeitung »Sahara Reporters« berichtete. Die Zeitung »Premium Times Nigeria« schrieb am Montag unter Berufung auf Polizeiangaben indes von 18 Opfern. Ein Militärsprecher erklärte, ein Verdächtiger sei festgenommen worden.

Obwohl sich bisher niemand zu der Tat bekannt hat, gilt es laut »Premium Times Nigeria« als sicher, dass erneut die radikalislamische Gruppe Boko Haram für die Tat verantwortlich ist. »Der betroffene Bundesstaat Adamawa ist zusammen mit den Nachbarregionen Borno und Yobe die Brutstätte des nun schon seit fünf Jahren dauernden Kampfes der Boko Haram«, hieß es. Die Extremisten wollen im Norden Nigerias einen islamistischen Gottesstaat einrichten.

Die mit einer Autobombe angegriffenen Ziele befanden sich offenbar in unmittelbarer Nachbarschaft der großen Militärbasis »Special Operations Bataillon«. Dort ist eine Sondereinheit der nigerianischen Armee stationiert, die auf den Kampf gegen Boko Haram spezialisiert sein soll. Viele Soldaten waren Stammgäste in der Bar.

Bei einem Überfall auf Dörfer im Norden waren bereits am Sonnabend mindestens 42 Menschen ums Leben gekommen. Die Angreifer seien mit Sturmgewehren, Benzinbomben und Sprengstoff in Kanari, Wazarde und Gula eingedrungen, berichtete die Zeitung »Vanguard«. Die Dörfer liegen im Bezirk Gamboru im Bundesland Borno. *dpa/nd*

Obama will CO₂-Ausstoß um 30 Prozent senken

Kohlekraftwerke sollen Emissionsziele einhalten

Washington. Die US-Regierung möchte den CO₂-Ausstoß aus Kohlekraftwerken deutlich reduzieren. Wie aus einem am Montag präsentierten Vorschlag der Umweltschutzbehörde EPA hervorgeht, sollen die Emissionen bis 2030 um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Die landesweit rund 600 Kohlekraftwerke sind mit einem Anteil von rund 40 Prozent die größten Kohlendioxidemittenten in den USA.

Präsident Obama hatte bei seinem Amtsantritt im Jahr 2009 zwar ambitionierte Klimaschutzpläne angekündigt, war mit seinen Gesetzesvorhaben allerdings am Widerstand der konservativen Republikaner und der Wirtschaft gescheitert. Daher wurde bereits vor einigen Monaten darüber spekuliert, dass der Präsident nun den Weg über die EPA wählen wird, da sie Maßnahmen zur Luftreinhaltung verordnen kann.

Der Vizechef der Grünen-Fraktion im Bundestag, Oliver Krischer, erklärte, Obama habe »im Gegensatz zur schwarz-roten Bundesregierung das Hauptproblem des Klimaschutzes erkannt: Kohlekraftwerke«. Nur wenn es in den kommenden Jahren gelinge, den hohen Anteil an Kohlestrom zu reduzieren, »lassen sich die Klimaschutzziele noch erreichen«.

Obamas Vorstoß kommt wenige Tage vor neuen Klimaberatungen der UNO. Ab Mittwoch tagen in Bonn Vertreter aus über 190 Staaten, um den Klimagipfel Ende des Jahres in Lima vorzubereiten. Dort soll ein erster Verhandlungstext für ein weltweites Klimaschutzabkommen vorliegen, das Ende 2015 verabschiedet werden soll. Die USA wollten sich bislang keinen internationalen Vorgaben unterwerfen. *nd* *Seite 9*

